

Die KP Rußlands als Teil des politischen Systems. (I): Begegnungen und Beobachtungen anlässlich des IV. Kongresses der Sjuganow-Partei. Innenpolitische Strategie

Timmermann, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Timmermann, H. (1997). *Die KP Rußlands als Teil des politischen Systems. (I): Begegnungen und Beobachtungen anlässlich des IV. Kongresses der Sjuganow-Partei. Innenpolitische Strategie.* (Aktuelle Analysen / BIOst, 21/1997). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-46917>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die KP Rußlands als Teil des politischen Systems

Begegnungen und Beobachtungen anlässlich des IV. Kongresses der Sjunganow-Partei (I: Innenpolitische Strategie)

Zusammenfassung

Am 19./20. April 1997 veranstaltete die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) ihren IV. Parteitag. Seine zentrale Aufgabe war es, nach den gemischten Wahlergebnissen der beiden letzten Jahre Bilanz zu ziehen und die zukünftige Strategie der Partei festzulegen. Das Ergebnis: Bei mitunter kontroversen Diskussionen war der Kongreß programmatisch von Stagnation und Stillstand geprägt, präsentierte sich die Partei als amorpher Zwitter linkssozialistischen und nationalpatriotischen Gedankenguts. Die Strategie der Parteiführung läuft nicht auf einen Sturz der Jelzin-Regierung hinaus. Vielmehr zielt sie darauf, durch Besetzung möglichst vieler Positionen in Parlamenten und Exekutivorganen zunehmend an der Macht im Moskauer Zentrum beteiligt zu werden.

Zentrale Aufgaben und Botschaften des Parteitags

Am 19./20. April 1997 veranstaltete die Kommunistische Partei der Russischen Föderation (KPRF) in Moskau ihren IV. Parteitag, an dem der Autor auf Einladung der KP für die SPD als Beobachter teilnahm. Veranstaltungsort war der historische Säulensaal im "Haus der Gewerkschaften" – Schauplatz vieler politischer und kultureller Spitzenereignisse, darunter auch der Stalinschen Schauprozesse in den 30er Jahren. Insgesamt hatten sich knapp 400 Delegierte aus sämtlichen Regionen des Landes eingefunden, dazu eine gleiche Zahl geladener Vertreter gesellschaftlicher Gruppen und Organisationen sowie 82 Delegationen befreundeter Parteien aus 80 Ländern aller fünf Kontinente. Der Kongreß war gut organisiert, strenge Sicherheitskontrollen sollten möglichen Provokationen vorbeugen. Zentrale Aufgabe des Parteitags war es, nach den gemischten Ergebnissen der beiden letzten Jahre – Erfolg der KP bei den Wahlen zur Staatsduma im Dezember 1995, Niederlage Sjunganows bei den Präsidentschaftswahlen vom Juni 1996, Teilerfolg bei den anschließenden Gouverneurswahlen – Bilanz zu ziehen, die Haltung der KP zum bestehenden System

zu bestimmen und die zukünftige politische Strategie festzulegen.¹ Der Kongreß versprach nicht zuletzt deshalb spannend zu werden, weil es in seinem Vorfeld heftige Auseinandersetzungen über Charakter und politische Linie der KP gegeben hatte, die durch einen richtungsweisenden "Brief" der Parteiführung an die Parteigliederungen vom Dezember 1996 nur mühsam eingedämmt werden konnten.² Im Kern bezog sich die Kontroverse auf die folgenden Aspekte: Verhältnis von Sozialismus modifiziert sowjetischen Typs einerseits und Volkspatriotismus russischer Prägung in der Parteiprogrammatik andererseits; Fundamentalkritik oder konstruktive Opposition gegenüber System und Regierung; Öffnung der Partei gegenüber neuen sozialen Schichten oder verstärkte Mobilisierung traditioneller Wählergruppen.

Der Parteitag hinterließ bei dem Beobachter insofern einen positiven Eindruck, als die genannten Themen von den Delegierten offen und kontrovers diskutiert wurden – bis hin zu der Frage, ob Sjuganow angesichts seiner stark russisch-patriotischen Prägung und seines wenig radikalen, auf Arrangement mit der Regierung bedachten Stils überhaupt der geeignete Vorsitzende sei. In dieser Diskussionsfreude unterscheidet sich die KPRF deutlich von ihrer Vorgängerin KPdSU, denn unter deren Regie hatten sich die Delegierten im wesentlichen darauf zu beschränken, die Linie der jeweiligen Führung zu preisen und die Errungenschaften der eigenen Region hervorzuheben. Inhaltlich jedoch setzte sich die KP-Führung schließlich in allen wesentlichen Punkten mit ihren Vorstellungen durch, allerdings mit gewissen Modifikationen. So wurde, der Stimmung großer Teile der Parteibasis entsprechend, die sozialistische Perspektive gegenüber dem volkspatriotischen Ansatz stärker betont, wurde die Funktion der Partei als konstruktive Kraft des Systems durch verbale Attacken gegen das "kriminelle Regime" relativiert und wurde auf eine konsequente Öffnung zu den neuen Schichten überhaupt verzichtet. Mit dieser Strategie des kleinsten gemeinsamen Nenners in ihrem breit angelegten und oft widersprüchlichen Programmangebot gelingt der KP-Führung zwar das erstaunliche Kunststück, die in der Partei versammelten Strömungen unterschiedlicher Wertorientierungen, Interessen und sozialer Herkunft zusammenzuhalten. Siebenmal habe der von ihm vorgetragene ZK-Bericht umgeschrieben werden müssen, um allen Vorstellungen gerecht zu werden, betonte Sjuganow in seinem Schlußwort auf den Vorwurf der Profillosigkeit seitens einiger Delegierter. Zugleich hat diese Strategie des niedrigen, diffusen Profils jedoch ihren Preis: Sie führt zu Reformträgheit und Selbstblockade der KPRF, so daß die Partei keine überzeugende Alternative zur Jelzin-Regierung darstellt und wenig Chancen hat, diese aus der Opposition heraus zu überwinden. Tatsächlich läuft die Strategie der Parteiführung deutlich erkennbar darauf hinaus, durch die Besetzung möglichst vieler Positionen in Parlamenten und Exekutivorganen zunehmend an der Macht beteiligt zu werden und sie – zusätzlich gestützt auf die Mobilisierung friedlichen sozialen Protests – auf verfassungsmäßigem Wege gleichsam von innen her zu erobern.³

Diese evolutionär-reformistische Generallinie wurde durch die starke Hervorhebung Lenins ausbalanciert – sechsmal nahm der von Sjuganow unter einer mächtigen Lenin-Büste vorgetragene Rechen-

¹ Zur KPRF grundsätzlich vgl. J. Barth Urban, *Russia's Communists at the Crossroads*, Boulder 1997; G. Luchterhandt, *Von der radikalen Opposition zur Beteiligung an der Macht. Die Kommunistische Partei der Rußländischen Föderation*, in: *Osteuropa* (Aachen), Nr. 10/1996, S. 968-986; sowie H. Timmermann, *Renaissance der KP Rußlands*, in: *Europäische Rundschau* (Wien), Nr. 2/1996, S. 59-80. Bei der folgenden Analyse wurde in großem Umfang auf Aufzeichnungen des Autors zurückgegriffen, da wichtige Teile des Kongreßgeschehens nicht publiziert wurden (z.B. das Schlußwort Sjuganows, die Diskussionsbeiträge der Delegierten sowie Inhalte und Ergebnisse der Tagung der KP-Führung mit den auswärtigen Gästen im Anschluß an den eigentlichen Parteitag).

² Auf den unveröffentlichten "Brief" nimmt ausführlich Bezug J. Rodin, "Ne nazad, a vpered k socializmu", in: *Nezavisimaja gazeta* (Moskau), 10.1.1997.

³ So die Substanz der Kongreßrede des Sjuganow-Stellvertreters Kupzow "Über die Arbeit der Kommunisten in der Föderalversammlung der Russischen Föderation", in: *Pravda Rossii* (Moskau), 26.4.1997.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

schaftsbericht des ZK auf diesen Bezug.⁴ Und da es vom Tagungsort zum Lenin-Mausoleum nicht weit war, unterbrachen die Delegierten den Kongreß, um unter Führung Sjuganows dem Vater der Oktoberrevolution die Ehre zu erweisen. Entsprechend groß war später der Beifall, als im Zuge des Umtauschs der Parteibücher das Dokument Nr. 1 an Lenin verliehen und anschließend einer Nichte des Revolutionsführers übergeben wurde. Die etwa 80jährige rüstige Dame, eine Tochter von Lenins jüngerem Bruder Dimitrij, rief die Delegierten in einem flammenden Appell dazu auf, sich im Geiste ihres Onkels für die kommunistische Zukunft zu engagieren. Beide Episoden verweisen symbolhaft auf die Bindekraft der Person Lenins für die KPRF, zumal er sich als Vater der Oktoberrevolution, des Kriegskommunismus und der Neuen Ökonomischen Politik als Bezugspunkt für ein breites Spektrum von in der KPRF vorhandenen Ansichten anbietet. Zukunftweisendes läßt sich daraus freilich wohl kaum ableiten.

Aspekte von Organisation und sozialer Verankerung

Mit insgesamt 540.000 Mitgliedern sowie einer Vielzahl von Parlamentariern aller Ebenen und von Vertretern in den lokalen und regionalen Exekutivorganen ist die KPRF stärkste Partei Rußlands, im westlichen Verständnis die einzige wirkliche Partei des Landes überhaupt. Die einmütige Wiederwahl Sjuganows zum Parteichef, die fast geschlossene Zustimmung zum Rechenschaftsbericht des ZK sowie die überwiegend einstimmige Verabschiedung der Erklärung zum ZK-Bericht und zu den Resolutionen erwecken den Eindruck von Geschlossenheit, Durchschlagskraft und breiter sozialer Verankerung der KP.⁵ Der Parteitag demonstrierte jedoch eindrucksvoll, daß dies nur begrenzt zutrifft. Hierzu im folgenden einige Beispiele: *Die Mitgliedschaft* stagniert seit Jahren, wobei insbesondere über das Fernbleiben der jüngeren Generationen geklagt wird. Organisationschef Kupzow, der Erste Stellvertretende Vorsitzende der KP, begründete die Stagnation mit dem fragwürdigen Argument, man wolle nur Menschen mit festen Überzeugungen in die Parteireihen aufnehmen, um nicht wie die KPdSU von Karrieristen oder "von Anarchisten bis hin zu Monarchisten" überschwemmt zu werden. Der wirkliche Grund für die Flaute dürfte jedoch darin liegen, daß die reformträge KP zwar viele Rentner in ihren Reihen zählt, für Angehörige der neuen sozialen Schichten, der urbanen Zentren und der jüngeren Generation jedoch wenig attraktiv ist.

Koordinationsprobleme zwischen Parteiführung, Parlamentsfraktionen und Regionalorganisationen führen oft zu widersprüchlichen Entscheidungen, wodurch innere Moral, Handlungsfähigkeit und äußeres Erscheinungsbild der KPRF in Mitleidenschaft gezogen werden. So klagte Ex-Präsidiumsmitglied Schabanow über Differenzen zwischen Partei und Staatsdumafraktion, wobei die Partei politisch und die Fraktion eher "legalistisch" entscheide. Ein anderes Beispiel für Kontraste zwischen den verschiedenen Machtsäulen der KPRF schilderte der Sprecher der Kursker Delegation: Er führte scharfe Klage über die Anweisung der Parteiführung, den gut platzierten KP-Kandidaten für das Gouverneursamt kurzfristig zurückzuziehen und statt dessen für den Volkspatrioten (und Ex-Vizepräsidenten) Ruzkoj zu stimmen. Das habe der Partei vor Ort sehr geschadet, zumal sich Ruzkoj nach seiner Wahl sogleich mit Tschubais verständigt habe. *Die ungünstige Struktur der KP-Wählerschaft* ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß die Partei in zwei Richtungen blockiert ist. So unternahm sie auf dem Kongreß entgegen ursprünglichen Absichten keinerlei Anstrengungen, um durch Programminnovation in solche Gruppen und soziale Schichten vorzustoßen, die sich in der neuen Gesellschaft relativ gut eingerichtet haben. Offenbar scheut sie den Vorwurf linksextremer K-Gruppen, durch entsprechende Programmrevisionen in das Fahrwasser von Reformismus und "Sozialdemokratismus" zu geraten. Andererseits hat die im ZK-Bericht als "Klassenpartei" definierte KPRF aber auch den Kontakt zur Arbeiterklasse verloren, wie Kupzow den erstaunten Auslandsdelegierten erläuterte: Diese sei nach dem Zusammenbruch großer Industriebereiche desorientiert und passiv, von einer organisierten Arbeiterklasse könne gegenwärtig überhaupt keine Rede sein. Damit aber sind zugleich die Chancen der KP zur außerparlamentarischen Massenmobilisierung begrenzt, zumal sich

⁴ Abgedruckt in Sovetskaja Rossija (Moskau), 22.4.1997.

⁵ Die Dokumente sind abgedruckt in: Pravda Rossii, a.a.O.

die in das System weitgehend eingebundenen Gewerkschaften vom politischen Aktionismus der Kommunisten distanzieren. Der Mißerfolg des nationalen Protesttags vom 27. März, den die KP zu einer politischen Demonstration gegen die Jelzin-Regierung nutzen wollte, hat hier eine seiner zentralen Ursachen. Den Kern der Demonstranten habe nicht die Arbeiterklasse gebildet, betonte Kupzow, sondern Staatsangestellte sowie Vertreter aus dem Bildungs- und Gesundheitswesen.

Akzentänderungen im Programm

Im Vorfeld des Parteitags hatte es bemerkenswerte Ansätze zu einer umfassenden Programm-erneuerung gegeben. Wenn die KPRF die Macht im Staat übernehmen wolle, so müsse sie in breitem Diskurs mit der Bevölkerung die "intellektuelle Führung in der Gesellschaft" erobern - so die Analyse Kupzows nach der Niederlage Sjuganows bei den Präsidentschaftswahlen vom Juni 1996. Dabei hatte er eine Diskussion über folgende Fragen angeregt: "Wie soll die Gesellschaft aussehen, die unsere Partei dem Volk vorschlägt? Wie muß das Programm einer modernen Partei sozialistischer Orientierung beschaffen sein? Auf welche Weise kann die an die Regierung gelangte Partei die Interessen jener Mehrheit der Bevölkerung des Landes schützen, die für sie votiert hat? Wen betrachtet die KPRF als ihre Verbündeten und Weggefährten? Wie will die KPRF die demokratischen Rechte und Freiheiten der Bürger garantieren?"⁶

Tatsächlich wurde keines dieser zentralen Probleme auf dem Parteitag wirklich vertiefend diskutiert; statt dessen wurde beschlossen, die Programm-erneuerung auf den kommenden Parteitag (oder eine spezielle Parteikonferenz) zu verschieben. Dieses Hinauszögern verweist auf die ideologische Heterogenität der KPRF und die – wohl berechnete – Furcht ihrer Führung, die Herausarbeitung eines klaren programmatischen Profils könnte in der amorphen Partei wie ein Sprengsatz wirken. Einen guten Eindruck von der potentiellen Sprengkraft einer Grundsatzdiskussion vermittelten die divergierenden kritischen Diskussionsbeiträge der Delegierten zur ideologisch-politischen Linie der KPRF. Die wichtigsten Forderungen von links lauteten: Vorbereitung eines Massenstreiks, Nationalisierung der Banken, Neuauflage der Leninschen Aprilthesen (Moskau); Massenaktionen durchführen und der Partei Vorrang vor dem Volkspatriotischen Block geben (Kursk); Leninismus statt Staatspatriotismus Podbereskins als Leitlinie der KP (Twer; der Ideologe Podbereskin gilt als geistiger Inspirator des "Staatspatrioten" Sjuganow). Andererseits wurden jedoch auch praktische Forderungen erhoben. Im Vordergrund standen dabei: Ausarbeitung eines praxisnahen Wirtschaftsprogramms – die bisherige KP-Wirtschaftskommission habe versagt (Chabarowsk); Ausbau des KP-Medienwesens als Gegengewicht gegen die Medienmacht des Jelzin-Regimes (mehrere Delegierte); Professionalisierung von KP-Spezialisten für Regierungsfunktionen (Wolgograd); Bereitstellung praxisbezogener soziologischer Analysen anstelle der – gewiß verdienstvollen – theoretischen Werke Sjuganows (Belgorod, Moskau). Sjuganow möge doch öfter an die Basis gehen, um die konkreten Probleme kennenzulernen (Kamtschatka).

Der Kongreß trug alldem insofern Rechnung, als er den von Sjuganow hervorgehobenen Staatspatriotismus relativierte und in einem Programmzusatz die Aufgabe stellte, "die sozial-klassenmäßige Bewegung und die nationale Befreiungsbewegung in eine einheitliche Massenbewegung des Widerstands zusammenzuführen".⁷ An anderer Stelle heißt es ergänzend: "Gemeinschaftlichkeit (sobornost'), Volkstümlichkeit (narodnost') und Geistigkeit (duchovnost') bilden eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die Massen die Idee des Sozialismus verstehen." Im übrigen betonte die Parteiführung gegenüber kritischen Bemerkungen einzelner Delegierter, daß die KPRF

⁶ Rede auf dem VIII. ZK-Plenum, in: Dialog (Moskau), Nr. 10/1996, S. 33-41, hier S. 40.

⁷ Parteitagmaterial: Synopse des Programms vom Januar 1995 und der einschlägigen Änderungsvorschläge.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,

Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

selbstverständlich nicht in der Volkspatriotischen Union (Vorsitz: Sjuganow) aufgehen werde, sondern deren organisatorischen Kern darstelle. Der Vorsitzende des Exekutivkomitees der Union, Ryschkow, unter Gorbatschow sowjetischer Ministerpräsident, bestätigte dies in seiner Grußansprache an den Parteitag. So präsentierte sich die KPRF als amorpher Zwitter linkssozialistischen und nationalpatriotischen Gedankenguts. Seine logische Entsprechung fand dies in einer deutlichen Abgrenzung gegenüber linkskommunistischen und sozialdemokratischen Konzeptionen und Formationen in Rußland. Dies geschah explizit nicht auf dem eigentlichen Parteitag, sondern erst auf der anschließenden Tagung mit den Auslandsdelegationen.

Auf der *linken Flanke* sah Kupzow als einzige wirkliche Konkurrenz die 50.000 Mitglieder starke Russische Kommunistische Arbeiterpartei (RKAP, Tjul'kin), die mit ihren radikalen Parolen gelegentlich nicht ohne Erfolg auf die KPRF einzuwirken sucht und deren Führung des Verrats an den Idealen des Sozialismus/Kommunismus bezichtigt. Was die *Sozialdemokratie* angeht, betonte Kupzow, so habe es in den vergangenen Jahren eine Reihe von Versuchen gegeben, sie in Rußland zu verankern, doch seien sie sämtlich gescheitert (genannt wurden die Namen der Führungsfiguren Jakowlew, Schewardnadse, Popow, Ruzkoj, Lipizkij, Rumjanzew, Golow, Rybkin, Petrow). Auch in den kommenden zehn Jahren werde die Sozialdemokratie keine Chance haben, in Rußland Wurzeln zu schlagen, da hier die Mittelklasse als Basis für einen Erfolg dieses Parteientyps fehle. Wieweit diese Prognose zutreffen wird, muß die Zukunft zeigen. Soviel freilich scheint sicher: Als stärkste Partei der Opposition wird sich die KPRF entsprechend den spezifischen Bedingungen des Landes (d.h. anders als die sozialdemokratisierten Ex-KPen Ostmitteleuropas) eher als linkspatriotische Partei weiter profilieren, wobei Sjuganow für die patriotische und sein Erster Stellvertreter Kupzow für die sozialistische Strömung stehen. Sozialdemokratische Tendenzen europäischer Prägung waren auf dem Parteitag nicht auszumachen, wohl aber Vertreter einer pragmatischen Linie, die das Engagement für soziale Gerechtigkeit mit professionellem Handeln verbinden und dabei über die Grenzen Rußlands hinaus nach Europa blicken. Einer von ihnen aus der jüngeren Generation ist Iwan Melnikow, der nach seiner Funktion als Internationaler Sekretär jetzt zum Stellvertretenden Vorsitzenden und damit zum dritten Mann der Partei gewählt wurde (nach Sjuganow und Kupzow). Melnikow, Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Wissenschaft und Bildung, übernahm analoge Funktionen auch im Rahmen der Parlamentarischen Versammlung des Europarats.

Die KPRF als Systempartei

Überraschenderweise richtete Sjuganow in seinem ZK-Rechenschaftsbericht an mehreren Stellen scharfe Angriffe gegen den Trotzismus. Damit sollten aber nicht etwa trotzkistische Gruppen ins Visier genommen werden, die in Rußland ohnehin kaum relevant sind. Vielmehr sollte damit signalisiert werden: Die KPRF ist Teil des bestehenden politischen Systems und wendet sich entschieden gegen solche Gruppen und Bewegungen, die auf dessen gewaltsam-revolutionäre Beseitigung zielen. Die Partei versteht sich – so das inoffizielle Motto des Kongresses – als "verantwortliche, doch unversöhnliche Opposition" innerhalb des bestehenden Systems. Vor diesem Hintergrund erhob sich zwar heftiger Widerspruch zu den kurzen Grußworten von Präsidentenvertreter Jarow: Hier konnten die Delegierten Dampf ablassen, der Gast wurde fast von der Rednertribüne vertrieben und blieb ohne Dank Sjuganows (einige KPRF-Vertreter nannten dieses Verhalten dem Autor gegenüber später "wenig zivilisiert", man müsse eine rationale Streitkultur lernen). Gegen die Generallinie der KPRF jedoch gab es im Plenum nur vereinzelt Widerspruch – eigentlich bezog er sich nur auf die Bedingungen einer Teilhabe an der Macht im Zentrum (Chabarowsk, Twer). Schließlich verfüge die Partei über erhebliche "Anti-Macht", die es verantwortlich zu nutzen gelte, betonte Präsidiumsmitglied (und Wolgograder Parteichefin) Aparina. Solange man nicht die Mehrheit habe, ergänzte Staatsdumasprecher Selesnjow unter Zustimmung der Delegierten, müsse man mit den Machthabern Kompromisse schließen, um das Beste für die arbeitende Bevölkerung herauszuholen. So gab es zwar einzelne Vorschläge, die gewachsene Stärke der KPRF tatsächlich als "Anti-Macht" zu nutzen – etwa in Form einer gegen das Jelzin-Regime

gerichteten engeren Kooperation der von KP-Gouverneuren regierten roten Regionen. Doch die Parteiführung weiß: Dies ist wirklichkeitsfremd, sind doch die Gouverneure auf enge Zusammenarbeit mit dem Zentrum angewiesen und auch sonst auf parteiunabhängiges Handeln bedacht. Dem Beobachter wurde dies plastisch demonstriert, als er um ein Gespräch mit dem neuen Wolgograder Gouverneur Maksjuta bat, den er noch als Stadtdumavorsitzenden kannte. Gerade in dem Moment, als Sjuganow die USA als imperialistischen Kolonisator Rußlands scharf geißelte, wurde dem Autor bedeutet: Maksjuta hat soeben den Kongreß verlassen und ist in die Vereinigten Staaten geflogen, um dort vielversprechende Wirtschaftsgespräche zum Nutzen des Gebiets Wolgograd zu führen.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1997 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung - auch auszugsweise - nur mit Quellenangabe gestattet.

Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>

ISSN 0945-4071

Tatsächlich hat sich KPRF längst in das System integriert, ist sie zum festen Bestandteil des politischen Establishments geworden. Wichtige Anhaltspunkte hierfür sind u.a.: die Teilnahme an der Vielzahl von Wahlen auf allen Ebenen seit 1993; die aktive Mitarbeit an der Gesetzgebung im Parlament; das Hinein-wachsen in die Exekutive von Kommunen, Regionen und ansatzweise auch im Zentrum (z.B. GUS-Minister Tulejew, der von Sjuganow auf dem Kongreß gegen Kritiker einer KP-Regierungsbeteiligung als "Minister der Integration und der Vereinigung" gepriesen wurde). In die gleiche Richtung verweist die Tatsache, daß die KP-Fraktion Tschernomyrdin zum Regierungschef mitgewählt und das von ihm vorgelegte Budget bei einigen Zugeständnissen mitgetragen hat. Als konsequente Parteien der Opposition zur herrschenden Regierung bleiben so faktisch nur die Jabloko-Bewegung Jawlinskijs auf der demokratisch-reformerischen und die Russische Gesamtvolksunion Baburins auf der imperial-patriotischen Flanke. So hat die KPRF mehrere Facetten. Auf der einen Seite läßt sie sich mit der KP Frankreichs der Nachkriegsepoche vergleichen: Wie diese trägt die KPRF zur *Stabilisierung* des Systems bei, indem sie sozialen Protest kanalisiert und in verfassungskonforme Bahnen lenkt, ohne selbst die Regierungsverantwortung zu übernehmen. Auf der anderen Seite hat sie gewisse formale Ähnlichkeiten mit der Situation der KP Italiens in der gleichen Periode: Wie diese ist die KPRF in Gemeinden, Regionen und nationalem Parlament stark vertreten, wird aber von der herrschenden politischen Klasse an der Übernahme der Macht im Zentrum gehindert. Die Folge ist die Entwicklung zu einer "blockierten Gesellschaft" (ähnlich dem Italien der DC), in der einerseits zwar die Gefahren einer Machtbeteiligung der KP verhindert werden, in der aber andererseits das herrschende Regime von Verkrustung, mangelnder Innovationsfähigkeit und Stagnation geprägt ist.

Der KPRF-Führung selbst scheint ein drittes Modell als "best-case-Szenario" vorzuschweben. Dieses bestünde darin, daß im Gefolge einer Verschärfung der sozialen Krise die dann abgewirtschaftete liberal-demokratische Gruppe um die Ersten Stellvertretenden Ministerpräsidenten Tschubais und Nemzow neutralisiert würde. Damit würden die Voraussetzungen dafür geschaffen, die Machtstrukturen friedlich zu durchdringen und wichtige Positionen in einem zentristisch ausgerichteten Kabinett Tschernomyrdin oder Strojew zu besetzen (Föderationsrats-Sprecher Strojew ist erst vor kurzem von der KP zur Bewegung "Unser Haus – Rußland" übergewechselt). Denn nicht die risikoreiche Bildung einer Alternative im Bündnis mit Jabloko und/oder der Lebed-Formation ist das Ziel der KP: Beiden erteilte der Kongreß eine klare Absage, denn im Bündnis mit ihnen müßte die KPRF selbst Reformbereitschaft zeigen. Statt dessen zieht sie die risikoarme Lösung einer Teilung der Macht mit den Zentristen vor, zu denen sich tatsächlich in vielen Punkten Konvergenzen abzeichnen, etwa im Hinblick auf Skepsis gegenüber Wirtschaftsreformen, auf Ablehnung der Zerlegung mächtiger Staatsmonopole, auf Zustimmung zu einer raschen Vereinigung Rußland-Belarus. Aus Sicht der KPRF läge der Vorteil einer solchen Lösung nicht zuletzt darin, daß sie ihr den Weg zur Teilhabe an der Macht ebnet würde, ohne daß ihre Identität und Interessen grundsätzlich tangiert würden oder gar eine innerparteiliche Zerreißprobe zu befürchten wäre. Unter diesem Aspekt ist die KPRF in ihrer heutigen Verfassung eine zutiefst strukturkonservierende Kraft, deren relevante Einbeziehung in die Regierungsverantwortung die Stagnationstendenzen in Rußland verstärken würde. Eine zweite Aktuelle Analyse (Nr. 22/1997) befaßt sich mit den Außenbeziehungen der KPRF.

Heinz Timmermann